Ini1

Initiativantrag

Initiator*innen: LDK (dort beschlossen am: 26.04.2025)

Titel: **Die Kunst der Stimme**

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und über den Landesparteitag der SPD Sachsen an den Bundesparteitag der SPD weiterleiten:

Antragstext

Die SPD-Fraktion im sächsischen Landtag und die SPD-Bundesfraktion wird dazu aufgefordert klare gesetzliche Regulierungen für den Einsatz von künstlichen Stimmen und generativer künstlicher Intelligenz (KI) in Kunst, Kultur und Medien einzusetzen. Dabei sollen verbindliche Regeln geschaffen werden, die den Schutz von Kreativschaffenden gewährleisten und kreative Arbeitsplätze in Kunst, Kultur und Medien langfristig sichert.

Dafür bedarf es unter anderem folgender Maßnahmen:

1. Schutz kreativer Berufe:
Gesetzliche Maßnahmen zum Schutz der Arbeitsplätze im Medien-, Synchronisations-, Übersetzungs- und Kulturbereich vor unreguliertem KI-Einsatz.

2. Kennzeichnungspflicht:
Eine verpflichtende, deutliche und sicht-/hörbare Kennzeichnung aller KI-generierten Inhalte in audiovisuellen Medien (inkl. Deepfakes, synthetischer Stimmen, Texten, Bildern).

3. Datenschutz und Urheberrechte stärken:
Ein Verbot der Nutzung urheberrechtlich geschützter Werke sowie personenbezogener Daten zum Training generativer KI ohne explizite Einwilligung

und angemessene Vergütung der Urheber*innen.
Zusätzlich muss gewährleistet werden, dass Stimmen von Menschen nicht durch KI nachgemacht werden können. Dies schützt nicht nur den Missbrauch der Stimme einer Person, sondern auch ihren Arbeitsplatz.

4. Transparenz und Fairness in KI-Systemen:
Die Offenlegung der Trainingsdaten von KI-Modellen, insbesondere solcher, die für künstlerisch-kulturelle Anwendungen eingesetzt werden.

5. Faire Wettbewerbsbedingungen für europäische Kreative und Unternehmen:
Eine europäische Digital- und KI-Politik, die gezielt Kreativschaffende aus Europa stärkt, statt nur internationalen Konzernen Profite zu ermöglichen.

Ini3

Initiativantrag

Initiator*innen: LDK (dort beschlossen am: 26.04.2025)

Titel: **Leitantrag Kampagne: Morgen gehört uns**

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen:

Antragstext

Liebe Genoss*innen,

die Welt um uns herum verändert sich – und nicht zum Besseren. Mieten explodieren, Löhne stagnieren, die Preise steigen, und die politische Rechte feiert in unseren Städten und Dörfern Erfolge, die vor wenigen Jahren noch unvorstellbar schienen. Gleichzeitig werden junge Menschen im politischen Diskurs immer weniger gehört. Ihre Perspektiven? Zu selten beachtet. Ihre Lebensrealitäten? Zu oft ignoriert. Ihre Zukunft? Unsicher wie nie.

„Morgen gehört uns“ ist unsere Antwort auf diese Krise. Diese Kampagne ist nicht am Schreibtisch entstanden, sondern mitten in einer politischen Zuspitzung. Wir haben beobachtet, analysiert und entschieden: Jetzt ist der Moment, laut zu werden. „Morgen gehört uns“ ist kein abstrakter Slogan, sondern ein Versprechen – an eine Partei, die sich wieder bewegen muss, an junge Menschen, die nach Gerechtigkeit streben, und an eine Gesellschaft, die wir gemeinsam verändern wollen.

Heute, am 26. April starten wir unsere Kampagne auf der LDK in Pirna. In einer Zeit, in der die SPD sich neu ausrichtet und rechte Kräfte an Stärke gewinnen, wollen wir nicht nur beobachten, sondern aktiv gestalten. Unsere Kampagne wird die politische Arbeit bis zum Strategiekongress im Herbst und darüber hinaus prägen – mit klaren Zielen und konkreten Schritten.

1. Politische Lage: Unser Ausgangspunkt

Wir stehen an einem Wendepunkt – sowohl im Bund als auch im Land. Der Rechtsruck in der Gesellschaft ist unübersehbar. In den letzten Wochen haben sich die politischen Verhältnisse zunehmend verschoben, und der Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD im Bund spiegelt diese Veränderung wider. Statt einen echten Neuanfang zu schaffen, sichert dieser Vertrag die Fortsetzung einer Politik, die eine menschenwürdige Asyl- und Migrationspolitik, soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz in den Hintergrund stellt oder gar eine Absage erteilt. Wir Jusos lehnen diesen Vertrag ab, weil er an zentralen Punkten unsere roten Linien überschreitet.

Doch die Dringlichkeit unseres Anliegens geht über die konkrete Auseinandersetzung mit diesem Koalitionsvertrag hinaus. Unabhängig vom Ausgang der Mitgliederabstimmung über den Vertrag muss sich die Sozialdemokratie weiterentwickeln. Die SPD muss sich ihrer eigenen Rolle als die Partei der 95% der Bevölkerung, die nicht von ihrem Vermögen leben können, auch abseits von Wahlkampagnen bewusst werden. Es braucht neue Impulse und Ideen – nicht, weil es bequemer ist, sondern weil es die einzige Antwort auf den Rechtsruck in der Gesellschaft und die zunehmende Entfremdung von unseren Leuten ist.

Das geht nicht spurlos an uns vorbei. Auch in unserer Partei spüren wir die Wellen dieses Wandels. Jetzt ist der Zeitpunkt, zu handeln, zu gestalten und, lauter denn je, eine gerechtere Zukunft zu fordern.

2. Unser Verbandswochenende: Kampagnenlabor & Zukunftswerkstatt

Am 24. und 25. Mai treffen wir uns in Bad Lausick zu unserem Verbandswochenende. Dieses Wochenende ist mehr als nur ein klassisches Seminar – es ist unser gemeinsames Kampagnenlabor. Hier übersetzen wir die politischen Ideen aus Pirna in konkrete Schritte, Formate und Aktionen.

Wir wollen gemeinsam erarbeiten, wie wir die Kampagne vor Ort lebendig machen, welche Rollen einzelne Aktive übernehmen können und wie wir uns im Landesverband besser vernetzen, um schlagkräftiger zu werden. In Workshops wie einem Kampagnenonboarding und zur Zusammenarbeit im Landesverband wollen wir unser kollektives Bewusstsein dafür stärken, was es heißt, als Verband gemeinsam zu kämpfen.

Zugleich schaffen wir Raum für politische Orientierung, Reflexion und Zukunftsplanung. Mit einem Kamingespräch, einer Änderungsantragswerkstatt für den Landesparteitag und kreativen Formaten am Abend wollen wir das

Verbandswochenende zu einem strategischen Meilenstein machen.

3. Haustürkampagne: Politik beginnt an der Türschwelle

Politik beginnt mit Begegnung. Deshalb setzen wir in unserer Kampagne auf Haustürgespräche – nicht als Wahlkampf, sondern als Dialogangebot. Unser Ziel: bis zum Strategiekongress an 10.000 Türen klingeln – in Städten, in Dörfern – bei uns vor Ort.

Es geht darum, zuzuhören, Vertrauen aufzubauen und wieder nah dran zu sein. Wir wollen raus aus der Blase und rein in die Lebensrealitäten der Menschen – gerade auch der jungen Generation, deren Zukunft zu oft ausgeblendet wird.

Dabei denken wir die Formate flexibel: kleinere, dezentrale Teams, angepasst an lokale Bedingungen. Sicherheit hat dabei Priorität – mit Schulungen, Awareness-Strukturen und gegenseitigem Support.

Wir planen regelmäßige Aktionstage, um gemeinsam sichtbar zu werden. Die gesammelten Erfahrungen und Gesprächsinhalte werten wir aus, um daraus politisch zu lernen und unsere Strategie zu schärfen.

4. Landesparteitag: Jusos als Motor der Erneuerung

Der Parteitag ist kein Ziel, sondern ein Hebel – für eine SPD, die sich in Bewegung setzt. Wir wollen dort nicht nur dabei sein, sondern Einfluss nehmen – mit Anträgen, Reden und personellen Vorschlägen.

„Morgen gehört uns“ wird auf dem Parteitag erneut sichtbar – als Haltung, als Kraft, als Richtung. Wir machen deutlich: Die Jusos sind keine Statist*innen, sondern ein Motor für eine SPD, die sich bewegen will.

Unsere Linie: Kritische Solidarität. Wir wollen diese Partei nicht spalten, aber wir haben den Anspruch, sie mutiger, klarer und gerechter zu machen. Dafür bringen wir linke Inhalte, feministische Perspektiven und antifaschistische Haltung ein – ohne Kompromisse bei unseren Grundsätzen.

Unser Ziel ist eine SPD, die wieder Veränderung wagt – nicht bloß Verwaltung. Der Parteitag ist ein Gradmesser dafür, ob unsere Partei bereit ist, sich zu öffnen – oder lieber auf Stillstand setzt. Wir werden da sein. Laut, strategisch, solidarisch.

5. Lokale Aktionen: Laut, kreativ, solidarisch

Unsere Kampagne lebt von dem, was vor Ort passiert. Küchen für alle (Küfas), Diskussionsabende, kreative Protestformen oder Rally-Kundgebungen im öffentlichen Raum – solche Formate schaffen Räume, in denen Politik greifbar wird. Besonders dort, wo linke Stimmen selten gehört werden, machen sie einen Unterschied.

Es geht um politische Bildung, um Sichtbarkeit, um echte Begegnungen – solidarisch, offen, verbindend. Der Landesverband stellt dafür Materialien, Orga-Support und Inhalte bereit. Aber die Ideen? Die kommen von euch. Ihr kennt eure Städte, Dörfer und Communities – eure Kreativität entscheidet, wie die Kampagne vor Ort aussieht.

„Morgen gehört uns“ heißt auch: Wir machen Politik nicht nach Drehbuch, sondern aus Überzeugung – radikal solidarisch, selbstbestimmt und lebendig.

6. Strategiekongress: Der Weg nach vorn

Der Strategiekongress im September ist unser Zielpunkt – aber kein Schlusspunkt. Er bildet den Abschluss des Kampagnensommers, aber vor allem auch den Auftakt in eine neue strategische Phase unseres Verbandes.

Hier wollen wir Bilanz ziehen: Was hat funktioniert? Wo brauchen wir neue Ansätze? Welche Strukturen tragen – und welche brechen wir besser auf?

Wir wollen gemeinsam analysieren, debattieren und planen: Wie sieht jungsozialistische Politik in Sachsen 2026, 2029 oder 2035 aus? Welche Rolle wollen wir in der SPD, aber auch darüber hinaus einnehmen? Welche Allianzen sind entscheidend?

Der Strategiekongress wird Raum bieten für Visionen, für Streit, für Zukunft. Und vor allem für den klaren Anspruch: Eine andere, eine demokratisch-sozialistische SPD ist möglich – aber sie kommt nicht von allein. Wir müssen sie uns erkämpfen.

7. Social Media & Öffentlichkeitsarbeit: Unsere Geschichte erzählen

Politik braucht heute mehr als gute Inhalte – sie braucht Sichtbarkeit. Deshalb ist unsere Social Media Kampagne ein zentraler Bestandteil von „Morgen gehört uns“.

Wir setzen auf ein klares Design, starke Bildsprache, kurze Videos, persönliche Botschaften und präzises Storytelling. Unser Ziel: junge Menschen erreichen, begeistern, mitreißen.

Dafür brauchen wir jede Stimme, jedes Gesicht, jede Idee. Wir wollen von Anfang an auf Mitwirkung setzen – alle Mitglieder sind eingeladen, Content zu liefern, Formate mitzugestalten oder selbst sichtbar zu werden.

Online ist für uns nicht das Gegenteil von politischer Praxis – sondern ihre logische Erweiterung. Was wir sagen, muss gesehen werden. Und was wir zeigen, muss Haltung haben.

8. Fundraising: Geld ist politisch – und wir nehmen das ernst.

Politische Arbeit kostet Geld – das wissen wir alle. Was aber oft untergeht: Geld ist auch eine Frage der Organisierung. Wenn wir selbstbewusst auftreten, Großes planen und Unabhängigkeit sichern wollen, dann müssen wir Spenden und Fundraising als Teil unserer politischen Praxis begreifen.

Deshalb machen wir Spendengewinnung zu einem festen Bestandteil der Kampagne „Morgen gehört uns“. Denn das Morgen gehört nicht denen, die das größte Budget haben – sondern denen, die wissen, wie man mit vielen kleinen Beiträgen eine große Bewegung baut.

Wir sagen offen: Unsere Ziele sind ambitioniert. Wir wollen zehntausende Türen erreichen, politische Aktionen in allen Ecken Sachsens ermöglichen, solidarische Räume schaffen, starke Kampagnen sichtbar machen und auf Social Media neue Standards setzen. Dafür braucht es Ressourcen. Und dafür brauchen wir euch.

Wir rufen dazu auf, dass jede Aktion, jede Veranstaltung, jede Beteiligung auch genutzt wird, um Unterstützer*innen zu finden – sei es mit einer kleinen Spende per QR-Code oder einer Soli-Mitgliedschaft im Verband. Wir wollen mit einfachen Mitteln, niedrigschwelliger Kommunikation und kreativen Formaten zeigen: Geld sammeln ist kein notwendiges Übel – sondern ein Ausdruck von Bewegung.

Langfristig wollen wir damit eine solidarisch finanzierte Kampagneninfrastruktur aufbauen, die uns unabhängiger von Landesförderungen und SPD-Kalkulationen macht. Denn klar ist: Wer nicht abhängig sein will, muss sich selbst ermächtigen – auch finanziell. Solidarisch, verbindend und politisch klar. Auch unser Fundraising ist Teil des Klassenkampfs.

9. Neumitgliederarbeit: Gemeinsam wachsen

Neumitgliedergewinnung und -bindung ist kein Nebenprojekt, sondern Querschnittsaufgabe unserer Kampagne. Denn über neue Mitstreiter*innen entfalten wir unsere politische Schlagkraft.

Ob bei Haustürgesprächen, Küfas oder Online-Aktionen – überall wollen wir gezielt einladen, zum Mitmachen motivieren und politisch andocken. Mit einfachen Onboarding-Strukturen, persönlichen Ansprechpersonen und solidarischer Begleitung schaffen wir Räume, in denen sich neue Genoss*innen von Anfang an einbringen und orientieren können.

Morgen gehört uns heißt auch: Wir wachsen – politisch, solidarisch und mit Haltung.

Freundschaft!

Ini4

Initiativantrag

Initiator*innen: LDK (dort beschlossen am: 26.04.2025)

Titel: **Kein Sparen an der Zukunft – dieser Haushalt ist ein Angriff auf Soziales, Jugend und Demokratie**

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag weiterleiten:

Antragstext

Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf für die Jahre 2025 und 2026 stellt die CDU-geführte Minderheitsregierung in Sachsen eine finanzpolitische Weichenstellung zur Abstimmung, die wir als Jusos Sachsen mit aller Schärfe kritisieren. Die geplanten Kürzungen im sozialen Bereich, bei der Demokratieförderung, in der Jugend- und Bildungsarbeit sowie in Zukunftsfeldern wie Klimaschutz und Transformation offenbaren eine tiefgreifende politische Schieflage – und sind Ausdruck eines Sparkurses, der die falschen Prioritäten setzt.

Diese Schieflage ist jedoch nicht einfach nur haushaltstechnisch begründet, sondern Ausdruck einer veränderten politischen Haltung der CDU. Es ist richtig, dass dem Land zwei Milliarden Euro fehlen – doch wie mit dieser Lücke umgegangen wird, ist eine politische Entscheidung. Während die SPD bereit wäre, notwendige Investitionen durch eine Kreditaufnahme abzusichern, verweigert sich die CDU dieser Möglichkeit strikt.

Die resultierenden Kürzungen treffen nicht zufällig, sie folgen einer Ideologie: Die CDU, getrieben von einem schuldenbremsenfixierten Verständnis von „Haushaltsdisziplin“, nutzt die aktuelle fiskalpolitische Lage, um an den Mitteln für gesellschaftlichen Zusammenhalt, zivilgesellschaftliche Teilhabe und

soziale Infrastruktur den Rotstift anzusetzen. Statt systemische Krisen mit langfristiger Investitionspolitik anzugehen, setzt sie auf Rückzug des Staates, Kaputtsparen und symbolisches Verwalten. Das Ergebnis ist ein Haushalt, der nicht krisenfest, nicht zukunftsfähig und vor allem nicht sozial ist.

Kürzungen sind politisch – und die SPD steht mittendrin

Doch während die CDU diese Linie seit Jahren verfolgt, muss sich die SPD in Sachsen die Frage gefallen lassen, warum sie diesen Kurs erneut mitträgt – statt ihn offensiv herauszufordern. So wie wir es noch im Wahlkampf gemeinsam getan haben. Es ist kein Geheimnis: Viele Sozialdemokrat*innen im Land wissen selbst, dass dieser Haushalt der eigenen Grundhaltung widerspricht. Der Widerstand in den eigenen Reihen ist da. Die Kritik an den Kürzungen ist laut – aus Sozialverbänden, Jugendverbänden, der Zivilgesellschaft. Und dennoch fehlt der klare Bruch mit dieser Politik.

Die SPD in Sachsen befindet sich in einer gefährlichen Zwischenposition: Sie erkennt die falschen Weichenstellungen, aber sie zieht keine Konsequenzen daraus. Sie weiß, dass dieser Haushalt Menschen im Stich lässt – aber sie stimmt ihm dennoch zu. Sie ist nicht die treibende Kraft hinter den Kürzungen, aber sie wird zur mitverantwortlichen Komplizin, wenn sie sich weiter wegduckt.

Diese Mischung aus Loyalität zur Koalition und fehlender Konfliktbereitschaft mit der CDU droht den sozialen Markenkern der Sozialdemokratie in Sachsen nachhaltig zu beschädigen

– und sie langfristig politisch zu marginalisieren. Vor allem mit Blick auf die Entwicklungen rund um die Koalitionsbildung im Bund. Wer sich in einer Minderheitsregierung der CDU unterordnet, ohne selbst soziale Konflikte zu führen, macht die SPD zur bloßen Verwalterin eines rechten Kurses, den sie eigentlich ablehnt.

Zukunft retten heißt investieren – nicht verwalten

Dabei gäbe es allen Grund, jetzt in die Konfrontation zu gehen. Denn die geplanten Kürzungen treffen genau jene Bereiche, in denen Sachsen strukturell schwach aufgestellt ist – und die gleichzeitig das Rückgrat einer solidarischen Demokratie bilden:

? Die **Demokratieförderung** wird gekürzt, während rechte Netzwerke in Sachsen gezielt Zivilgesellschaft und politische Bildung angreifen. Anstatt die demokratische Immunabwehr zu stärken, lässt dieser Haushalt antifaschistische

und antirassistische Arbeit ausbluten.
? Die **offene Kinder- und Jugendarbeit** wird ausgedünnt – in einer Zeit, in der junge Menschen sich von Politik und Institutionen zunehmend entfremdet fühlen und gleichzeitig massive psychische und soziale Belastungen tragen.
? Die **soziale Infrastruktur**, die ohnehin unterfinanziert ist, wird weiter geschwächt: soziale Zentren, Beratungsstellen, queere Anlaufpunkte, Teilhabeprojekte. Diese Orte sichern Teilhabe und Lebensqualität, insbesondere im ländlichen Raum.
? Auch **Investitionen in Klima, Bildung und digitale Infrastruktur** bleiben aus oder werden verschoben – obwohl genau hier die Zukunftsfähigkeit Sachsens entschieden wird. Die Transformation wird vertagt, anstatt gestaltet.

Eine ausbleibende Erhöhung der Mittel stellt für uns dabei nichts anderes als eine faktische Kürzung dar. Denn bei steigenden Preisen, Mieten und Personalkosten bedeutet gleichbleibende Finanzierung zwangsläufig weniger Handlungsspielraum – und damit weniger Leistung für die Menschen, die darauf angewiesen sind.
Ein weiteres Alarmsignal des vorliegenden Haushaltsentwurfs sind die geplanten Kürzungen
bei den Fördermitteln für Gedenkstätten und Erinnerungsorte. Gerade in Zeiten, in denen
rechtsradikale Ideologien und Geschichtsrevisionismus wieder an Boden gewinnen, ist die
Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit von immenser Bedeutung für die Stärkung
der Demokratie und die Prävention von Rechtsextremismus. Gedenkstätten leisten hier
einen unverzichtbaren Beitrag durch Bildung und Vermittlung. Die geplanten Kürzungen
gefährden diese wichtige Arbeit und senden ein fatales Signal. Dies betrifft in besonderem
Maße die Gedenkstätte KZ Sachsenburg, als einziges erhaltenes frühes Konzentrationslager in Sachsen, dessen historische Bedeutung für das Verständnis der
NS-Zeit herausragend ist

Der geplante **Sachsenfonds** ist eine richtige und notwendige Antwort auf die massiven Investitionsbedarfe in Sachsen. Langfristige Mittel für Infrastruktur, Bildung und Transformation sind längst überfällig. Doch damit dieses Instrument wirklich einen Fortschritt darstellt, braucht es eine klare Ausgestaltung – sozial gerecht, parlamentarisch kontrolliert und klimapolitisch sinnvoll.

Bisher bleibt unklar, wie die Mittel verteilt werden, welche sozialen

Prioritäten gelten und wie demokratische Mitbestimmung konkret aussehen soll. Wenn mit dem Fonds investiert wird, während im Kernhaushalt an Jugend, Soziales und Demokratie gekürzt wird, dann wird Zukunft gegen Gegenwart ausgespielt – und das lehnen wir ab.

Auch der geplante Rückgang der Investitionsquote im Haushalt auf 12,6 % widerspricht dem Anspruch des Fonds. Ein Sondervermögen darf kein Feigenblatt für Austerität sein. Es muss den Kernhaushalt ergänzen – nicht ersetzen.

Wir Jusos Sachsen unterstützen den Sachsenfonds, wenn er demokratisch gesteuert, sozial priorisiert und ökologisch ausgerichtet wird. Alles andere wäre keine Investition in die Zukunft, sondern ein Umweg an ihr vorbei. Die neue Möglichkeit für die Länder, Kredite bis zu 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufzunehmen, muss ebenfalls in vollem Ausmaß genutzt werden. Der Widerstand der CDU muss gebrochen werden.

Wir fordern: Soziale Politik braucht Mut zur Konfrontation

Wir wissen: Die SPD hat in dieser Regierung keine Mehrheiten, um alleine durchzuregieren. Aber sie hätte alle Legitimation, diese Kürzungslogik offen anzugreifen, Alternativen aufzuzeigen und sich klar an die Seite derer zu stellen, die von dieser Politik abgehängt werden. Eine Minderheitsregierung zwingt zur Auseinandersetzung – nicht zur Selbstverleugnung.

Wir Jusos Sachsen sagen klar: Dieser Haushalt ist ein politisches Signal in die falsche Richtung. Und es ist die Aufgabe der SPD, diesem Signal mit aller Deutlichkeit zu widersprechen.

Wir fordern von unserer Fraktion, dass sie sich aus der ideologischen Umklammerung der CDU befreit – und endlich wieder aus einer Position der eigenständigen sozialdemokratischen Programmatik agiert. Das bedeutet konkret:

Wir fordern:
1. **Ein offensives Eintreten für soziale Investitionen statt Sparpolitik.** Wir fordern die SPD-Fraktion auf, einen Gegenvorschlag für einen sozialen, zukunftsgerichteten Haushalt zu erarbeiten – gemeinsam mit der Zivilgesellschaft, mit Verbänden und progressiven Kräften im Parlament.
2. **Eine klare Absage an die Schuldenbremse als politisches Dogma.** Wir fordern eine sozialdemokratische Finanzpolitik, die wieder Prioritäten setzt: in Bildung, sozialer Infrastruktur, demokratischer Teilhabe, Klimagerechtigkeit und Transformation. Investieren statt kaputtsparen – jetzt!
3. **Die Stärkung zivilgesellschaftlicher und demokratischer Strukturen in**

Sachsen, einschließlich einer dauerhaften und bedarfsgerechten Finanzierung der Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit. Kein Cent darf bei Demokratieförderung, Antifaschismus, Jugendarbeit und politischer Bildung und der so wichtigen Erinnerungsarbeit gekürzt werden. Im Gegenteil: Diese Strukturen brauchen eine dauerhafte, aufwuchsfähige Finanzierung, um ihre Arbeit nachhaltig zu leisten. Wir fordern daher die sofortige Rücknahme der geplanten Kürzungen der Fördermittel für Gedenkstätten und Erinnerungsorte sowie die Prüfung und Umsetzung von
Möglichkeiten zur Aufstockung dieser Mittel.

4. **Eine politische Strategie gegen den Rechtstrend in Sachsen.** Wer rechte Diskurse nicht nur bekämpfen, sondern langfristig zurückdrängen will, muss soziale Sicherheit schaffen, demokratische Bildung stärken und marginalisierte Gruppen empowern. Diese Strategie beginnt beim Haushalt – oder sie scheitert.

5. Den sächsischen Kommunen den finanziellen Handlungsspielraum zu ermöglichen, den diese zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen
Nur handlungsfähige Kommunen sind in der Lage Investitionen in Soziales und Klimaschutz zu tätigen und den Menschen in allen Regionen eine Perspektive zu geben.

Wir stehen an einem Scheideweg: Entweder Sachsen spart sich in eine gesellschaftliche Spaltung hinein, oder es setzt auf eine solidarische, demokratische und gerechte Zukunft. Die SPD muss jetzt den Mut haben, sich zu entscheiden – für die Menschen, für soziale Sicherheit, für die Demokratie.

Als Jusos Sachsen fordern wir unsere Partei auf, diesen Haushalt nicht ohne Widerstand mitzutragen. Wir fordern eine Rückbesinnung auf den sozialdemokratischen Gestaltungsanspruch – und den Mut, Konflikte auszutragen, wenn es um die Grundfragen des Zusammenlebens geht. Die Zeit der faulen Kompromisse ist vorbei.

Es geht um die Zukunft dieses Landes. Morgen gehört uns.

Ini5

Initiativantrag

Initiator*innen: LDK (dort beschlossen am: 26.04.2025)

Titel: **Kein Fortschritt ohne Konflikt – dieser Koalitionsvertrag ist keine sozialdemokratische Antwort auf die Krise**

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an die sächsischen Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:

Antragstext

Mit dem Ergebnis der Bundestagswahl vom 23. Februar 2025 ist politisch klar: Eine Regierungsbildung ohne Beteiligung von Union und SPD ist rechnerisch nicht möglich. Die Vorstellung, die SPD könne sich dieser Verantwortung einfach entziehen, wäre politisch naiv – und in der gegenwärtigen Situation gesellschaftlich fahrlässig. Wir können in diesem Zusammenhang auch die Bedenken bezüglich einer Ablehnung des vorliegenden Koalitionsvertrags verstehen und nachvollziehen. Viele gesellschaftliche und soziale Bereiche sowie nahezu alle Kommunen sind auf rasche Entscheidungen und das zügige Umsetzen von Maßnahmen sowie die Verabschiedung eines Bundeshaushaltes angewiesen. Auch die Sorge vor einer weiter anwachsenden Stärke von rechtspopulistischen und rechtsnationalen Kräften aufgrund von anhaltender politischer Handlungs- und Gestaltungsunfähigkeit nehmen wir wahr.

Doch genauso fahrlässig wäre es, diesen Koalitionsvertrag zur Geschäftsgrundlage sozialdemokratischer Politik zu erklären. Denn was Union und SPD hier gemeinsam vorgelegt haben, ist kein Zukunftsentwurf für ein gerechteres, demokratischeres, solidarischeres Morgen. Es ist ein Vertrag der Rückschritte. Ein Signal der Anpassung. Ein Angriff auf jede progressive Politik. Ein Anspruch, den wir als Jusos seit Jahren verteidigen – oft genug auch gegen unsere eigene Partei.

Was dieser Koalitionsvertrag sagt, ist klar: Migration wird zur Bedrohung erklärt, Armut wird verwaltet statt bekämpft, Arbeit wird flexibilisiert statt fair gemacht, soziale Absicherung wird an Bedingungen geknüpft, als wären wir im Jahr 2003. Die strukturelle Ungleichheit, die diesen Staat durchzieht, wird nicht einmal mehr rhetorisch problematisiert – und die Schuldenbremse wird zum unantastbaren Dogma erhoben.

Was dieser Koalitionsvertrag nicht sagt, ist genauso bezeichnend: Es fehlt an einer Perspektive für Menschen in prekären Lebenslagen, für Geflüchtete, für junge Menschen, für queere Communities, für Familien ohne Eigentum, für alle, die in diesem Land mehr geben als sie je bekommen haben.

Und genau deshalb sagen wir Jusos Sachsen klar und deutlich: **Wir lehnen diesen Koalitionsvertrag ab.**

Aus Verantwortung für Demokratie – nicht für Symbolpolitik

Wir müssen den Finger in die Wunde legen und klarstellen: Verantwortung für Demokratie bedeutet nicht einfach, politische Verantwortung ohne klare Linien und Überzeugungen zu übernehmen. Als Jusos sind wir uns einig: Es darf der SPD nicht nur darum gehen, als Teil

einer neuzubildenden Regierung zu agieren, sondern vorallem auch darum, aktiv eine politische Agenda zu gestalten, die die sozialen Werte einer solidarischen Gesellschaft widerspiegelt. Es geht nicht nur darum, mitzuregieren, sondern auch darum, die Verantwortung für die sozialdemokratische Vision in der Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Doch dieser Koalitionsvertrag, wie er hier vorliegt, ist eine bloße Verwaltung der bestehenden Verhältnisse und keine Gestaltung der Zukunft. Wir können und dürfen uns nicht damit abfinden, dass grundlegende sozialdemokratische Prinzipien wie soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Solidarität im Namen einer fragwürdigen Konsenspolitik aufgeweicht werden.

Denn was dieser Vertrag letztlich zeigt, ist der Versuch, Konflikte zu vermeiden, statt sie anzunehmen. Wer meint, durch eine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners die Gesellschaft zu versöhnen, unterschätzt die tatsächlichen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Krisen, die das Land durchziehen. Es ist kein Fortschritt, die sozialen Probleme zu ignorieren, nur weil sie unbequem sind. Es ist kein Fortschritt, sich dem rechten Diskurs zu beugen, nur um politischen Frieden zu simulieren. Nein, der politische Erfolg muss in der radikalen Auseinandersetzung mit den bestehenden Ungleichheiten liegen, nicht in der Abwägung zwischen schlechten und weniger schlechten Kompromissen.

Eine SPD, die aus Angst vor einem angeblichen „Rechtsrutsch“ rechte Narrative übernimmt, verfehlt ihr Ziel. Der Koalitionsvertrag nimmt Begriffe wie „irreguläre Migration“, „Anreize zum Sozialmissbrauch“ und „Integrationsverweigerung“ auf, als hätte ihn ein Unions-Innenminister mit einem AfD-Schatten im Rücken formuliert.

Damit wird nicht der Rechtsruck gestoppt – er wird diskursiv validiert. Die Versuche, mit autoritären Maßnahmen wie Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan, der Aussetzung des Familiennachzugs, Internierungshaft und Leistungskürzungen verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen, sind nicht nur rechtsstaatlich fragwürdig – sie sind politisch katastrophal. Sie bestätigen die Deutung der Rechten: dass Migration das zentrale Problem unserer Gesellschaft sei.

Wer Migration als Bedrohung begreift, wer das Bild von „kriminellen Migranten“ pflegt, wer mit Abschiebungen und dem Aushungern von Asylrechtsverfahren Politik machen will, gibt grundlegende Prinzipien der sozialen Demokratie auf. Eine solche sozialdemokratische Partei, verabschiedet sich aus der Tradition des Internationalismus und der Solidarität – und macht sich zur Beflüglerin des Rechtsrucks.

Die sog. Bezahlkarte ist der in Form gegossene Ausdruck von Stigmatisierung und Diskriminierung von Geflüchteten in Deutschland. Eine Forderung nach flächendeckendem Einsatz ihrer und der Verhinderung von ihrer Unterbindung sollte für eine sozialdemokratische Partei erschreckend sein, ist es aber scheinbar nicht. Die Bezahlkarte hemmt die Integration und macht das Leben von Geflüchteten komplizierter. Sie spricht Geflüchteten ab, selbst finanzielle Entscheidungen treffen zu können, und entmündigt sie.

Wer sich als Partei der Gleichberechtigung sieht und die schwächsten unserer Gesellschaft fördern möchte, darf dieses System nicht weiter unterstützen und fordern, es auszubauen. Es muss klar sein, dass man sich für eine Abschaffung der sog. Bezahlkarte ausspricht.

Sozialpolitik ohne Würde – das Comeback des Forderns ohne Fördern

Die Rückkehr zum Vermittlungsvorrang, die faktische Wiedereinführung von Vollsanktioierung, die Abschaffung von Schonvermögen, das Framing von Sozialleistungen als Einwanderungsanreiz – all das sind keine Nebensächlichkeiten. Es sind Rückfälle in eine Zeit, in der der Sozialstaat vor allem Kontrollstaat war. Wer Sozialleistungen als Mittel der sozialen Kontrolle begreift und eine Gesellschaft durch Misstrauen und Entwürdigung strukturiert,

gefährdet den sozialen Zusammenhalt.

Wir wollten das Kapitel Hartz IV beenden – nicht mit neuem Cover, sondern mit neuem Inhalt. Doch dieser Koalitionsvertrag erzählt keine neue Geschichte. Er reproduziert alte Formeln: Arbeit um jeden Preis, Leistung vor Leben, Sanktion statt Unterstützung.

Menschen, die auf soziale Sicherheit angewiesen sind, werden erneut mit Misstrauen behandelt, statt als Partner*innen in einem Sozialstaat auf Augenhöhe. Wir fordern einen Sozialstaat, der aktiv Menschen unterstützt und nicht in eine Spirale aus Kontrolle und Stigmatisierung schickt. Das Ziel muss es sein, Menschen zu fördern, ihre Lebensbedingungen zu verbessern und ihnen die Möglichkeit zu geben, ein selbstbestimmtes Leben zu führen – und das nicht nur auf dem Papier, sondern auch durch konkrete politische Maßnahmen. Kurz: Was wir brauchen, ist ein Sozialstaat, der qualifiziert, schützt und stärkt – nicht einer, der schikaniert.

Kein Mieter*innenschutz, keine Vermögensbesteuerung – aber ein „Deutschlandfonds“

Während Wohnraum unbezahlbar wird und der Mangel an öffentlicher Daseinsvorsorge wächst, bleibt die große sozialpolitische Gerechtigkeitsfrage unbeantwortet: Wer zahlt eigentlich für dieses Land? Die Antwort dieses Koalitionsvertrags ist erschütternd klar: nicht die Reichsten. Der Koalitionsvertrag versäumt es, reiche Erben und Konzerne zur Verantwortung zu ziehen, indem er eine Vermögenssteuer und echte Maßnahmen gegen die Steuerflucht der Reichen ausblendet.

Stattdessen: eine Kommission, ein Fonds, ein Prüfauftrag. Symbolpolitik statt Substanz. Wer die soziale Frage nicht stellt, darf sich nicht wundern, wenn sie von rechts beantwortet wird. Wer eine gerechtere Gesellschaft anstrebt, muss sich der Vermögensverteilung stellen und den Reichen mehr zur Verantwortung ziehen. Das können wir nicht einfach hinnehmen.

Klimapolitik mit angezogener Handbremse

Auch in der Klimapolitik verpasst die Koalition ihre Chance. Statt entschlossener Investitionen in öffentliche Infrastruktur, soziale Klimagerechtigkeit und eine Abkehr von fossilen Abhängigkeiten erleben wir Rückschritte: CCS-Technologien, Gasförderung, verlängerte Laufzeiten, technologieoffenes Lavieren – aber keine klare Linie für eine ökologische Transformation mit sozialen Garantien. Klimaschutz wird zur Standortpolitik

degradiert – und soziale Gerechtigkeit zum Nachsatz.

Wir sind nicht alternativlos

Ja, die Mehrheitsverhältnisse nach dem 23. Februar sind schwierig. Aber „schwierig“ ist kein Freifahrtsschein für inhaltliche Selbstaufgabe. Es ist Aufgabe der SPD, nicht nur mitzuregieren, sondern zu gestalten. Und wenn das mit der Union nicht geht, dann muss man den Konflikt austragen – nicht die roten Linien abräumen.

Wir akzeptieren nicht die Erzählung, dass es „nun mal nicht anders geht“. Wenn der Preis für Regierungsbildung das Aufgeben unserer Grundsätze ist, dann ist es unsere Aufgabe als Jusos, genau diesen Preis nicht zu bezahlen. Politische Verantwortung heißt auch: Nein sagen können.

Wir werden weiterkämpfen. Wir sind nicht die Erben der Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners. Wir sind die Generation, die die Konflikte nicht scheut, sondern sie aktiv und

konstruktiv austrägt. Unser Ziel ist klar: eine sozialere, gerechtere, solidarische und demokratische Gesellschaft.

Unsere Position

Wir als Jusos Sachsen sagen deshalb:
? Wir lehnen den Koalitionsvertrag in seiner vorliegenden Form ab.
? Wir fordern Nachverhandlungen in den Bereichen Asyl & Migration, Soziales und Arbeit.
? Wir rufen alle Mitglieder der SPD dazu auf, beim Mitgliederentscheid mit Nein zu stimmen.
? Und wir sagen deutlich: Egal wie die Abstimmung ausgeht – auf uns ist zu zählen.

Wir sind nicht der Jugendflügel einer Großen Koalition. Wir sind der demokratisch-sozialistische Motor einer Partei, die sich selbst nicht aufgeben darf.

Wenn Morgen wirklich uns gehören soll, dann müssen wir heute anfangen, für dieses Morgen zu kämpfen!

B1

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: LDK (dort beschlossen am: 26.04.2025)

Titel: **Unionbusting**

Die LDK möge beschließen und an den SPD-Landesparteitag weiterleiten:

Antragstext

Die Zahl der Betriebe in Deutschland mit einem Betriebsrat ist auf einem historischen Tiefstand. Gleichzeitig etabliert sich zunehmend ein inoffizieller Dienstleistungssektor, der sich auf die systematische Verhinderung von Mitbestimmung spezialisiert: sogenanntes Union Busting. Mehr als jede fünfte Neugründung eines Betriebsrats wird nach aktuellen Untersuchungen aktiv durch Arbeitgeber behindert – obwohl dies einen Straftatbestand darstellt (§ 119 BetrVG).

Deutschland hat in Europa ein eher restriktives Verhältnis zu Gewerkschaften, obwohl hier mit der IG Metall die weltweit größte Einzelgewerkschaft existiert, die rund 2,3 Millionen Mitglieder zählt. Deutsche Unternehmen haben sich insbesondere in den USA angeschaut, wie dort gewerkschaftliche Strukturen zerschlagen werden, und verhalten sich daher schon länger in ihren weltweiten Werken rücksichtslos. In den letzten Jahrzehnten haben sie jedoch entdeckt, dass sie auch in Deutschland die innerbetriebliche Mitbestimmung mithilfe von Dienstleistern und perfiden Methoden unterlaufen können.

Besonders häufig sind solche Eingriffe in mittelgroßen, eigentümergeführten Betrieben. Hier wird massiver Druck auf Beschäftigte ausgeübt, die einen Betriebsrat gründen wollen. Arbeitgeber lassen sich dabei von spezialisierten Kanzleien und Beratungen unterstützen, die gezielt Strategien entwickeln, um Mitbestimmung zu untergraben, ohne dabei formal gegen geltendes Recht zu verstoßen.

Die Verhinderung von Betriebsratswahlen, die Einschüchterung von engagierten Beschäftigten, das Verhindern des Zutritts von Gewerkschaftsvertreter*innen zum Betriebsgelände und weitere Taktiken, sind dabei erst der Anfang. Diese Methoden zielen darauf ab, demokratische Mitbestimmung im Betrieb zu zerschlagen, noch bevor sie entsteht. Diese Praxis gefährdet die betriebliche Demokratie und die Grundlage sozialpartnerschaftlicher Arbeitsbeziehungen.

Wir fordern daher:

Wir fordern daher, um die Mitbestimmung und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu sichern, dass Unionbusting zum Offizialdelikt wird – wie es der DGB schon seit Jahren fordert und wie es bereits 2021 im Koalitionsvertrag verankert wurde.

- **die verbindliche Umsetzung des bereits im Koalitionsvertrag 2021 festgeschriebenen Vorhabens, das Union Busting zum Offizialdelikt wird und somit die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren einleiten muss, wenn sie von Tatsachen erfährt, die auf einen Gesetzesverstoß hindeuten**

- **die Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften, die auf gesetzwidrige Eingriffe von Unternehmen in Betriebsratswahlen spezialisiert sind**

- **die Ausweitung von Schutzrechten bei Betriebsratsgründungen (Besonderer Kündigungsschutz ab dem ersten nachweisbaren Vorbereitungsschritt)**

Mitbestimmung ist kein Angriffspunkt für unternehmerische Willkür, sondern demokratisches Fundament der Arbeitswelt. Wer sie systematisch sabotiert, muss mit rechtlichen Konsequenzen rechnen.

C2

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: LDK (dort beschlossen am: 26.04.2025)

Titel: **Inflationsangleichung für Bafög und Ausbildungsvergütung**

Die LDK möge beschließen und an den SPD-Landesparteitag weiterleiten:

Antragstext

Steigende Lebenshaltungskosten sind eine große Herausforderung für Studierende und Auszubildende. Während Mieten, Lebensmittel und Energiekosten immer teurer werden, sind die BAföG-Sätze und die Mindest-Ausbildungsvergütung immer noch auf einem existenzgefährdenden Niveau. Anpassungen erfolgen meist erst nach langen politischen Debatten durch Gesetzgebungsprozesse und greifen dann oft zu spät. Daher muss eine Anpassung unabhängig von Gesetzesreformen, der Exekutivmacht des Bildungsministeriums und ohne Kommissionen erfolgen, vor allem um zu verhindern, dass Arbeitgebervertretende den Prozess für die Ausbildungsvergütung systematisch hinauszögern, da sie von günstigen Arbeitskräften, beispielsweise im Handwerk, profitieren.

Damit junge Menschen während ihrer Ausbildung oder ihres Studiums nicht in finanzielle Schwierigkeiten geraten, braucht es eine automatische Inflationsanpassung. Steigen die Preise für grundlegende Bedürfnisse wie Energie und Lebensmittel, müssen BAföG und die Ausbildungsvergütung entsprechend angepasst werden, ohne Verzögerung und ohne bürokratische Hürden. So würde sichergestellt, dass finanzielle Unterstützung wirklich ausreicht, um den Lebensunterhalt zu decken.

Eine solche Regelung würde nicht nur mehr finanzielle Sicherheit bieten, sondern auch dafür sorgen, dass sich Studierende und Auszubildende auf ihre Ausbildung

konzentrieren können, anstatt sich mit Existenzängsten oder zu vielen Nebenjobs zu belasten – die Belastung kann im Extremfall sogar so hoch sein, dass die Ausbildung/das Studium abgebrochen werden muss. Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen, eine gerechte, zeitnahe und zielgerichtete Anpassung ist daher unerlässlich.

Wir fordern deshalb die Kopplung der Mindest-Ausbildungsvergütung sowie des BAföG-Satzes an die Lebenshaltungskosten. Dazu zählen in unserer Definition die Energie- und Lebensmittelkosten, falls diese im Vergleich zum Preisdurchschnitt des Vorjahres um mehr als 3 % gestiegen sind.

Wir fordern eine klar vorgeschriebene jährliche Anpassung der Mindest-Ausbildungsvergütung sowie des BAföG-Grundbedarfs, die sich an der Preisentwicklung orientiert und eine inflationsbereinigte Förderung gewährleistet. Bei außergewöhnlichen Preissteigerungen, wie etwa während einer Energiekrise, soll ein gesetzlich geregelter Krisenmechanismus greifen, der unterjährige Sonderzahlungen oder andere Ausgleichsinstrumente ermöglicht. Zudem müssen regionale Unterschiede bei den Lebenshaltungskosten berücksichtigt werden: Wohnpauschale und Berufsausbildungsbeihilfe sollen realistische Mietkosten am Ausbildungs- oder Studienort abbilden, etwa analog zum Wohngeldrecht oder auf Basis lokaler Mietspiegel. Eine regelmäßige, nachvollziehbare Neubewertung der Fördersätze auf Basis amtlicher Daten stellt sicher, dass die Förderung dauerhaft realitätsnah bleibt.

M1

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: LDK (dort beschlossen am: 26.04.2025)

Titel: **Libertad!- Bleiberecht für Venezolaner*innen**

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an die Landtagsfraktion der SPD Sachsen sowie über den Bundeskongress der Jusos an den SPD-Bundesparteitag weiterleiten.

Antragstext

Libertat! bleibeperspektiven für venezuelanerinnen.

Die Wiederwahl von Präsidenten Maduro 2024 hat ein weiteres Mal bewiesen, dass Venezuela kein demokratisches und sicheres Land ist. Denn eine freie und nicht manipulierte Wahl hätte die gegenkandidatin Maria Corina Machado klar gewonnen. In Venezuela werden regelmäßig Systemkritiker*innen und Oppositionelle wahllos inhaftiert und jede*r Venezuelaner*in muss in ständiger Angst leben der Repression durch Maduro zum Opfer zu fallen.

Maria Corina Machado und andere Gegenkandidaten befinden sich mittlerweile im Exil. Neben der inhaftierung von oppositionellen und massiven exzessen und Polizeigewalt auf regierungskritischen Demos ist auch die desaströse wirtschaftliche Lage, ein Grund zu fliehen. Wirtschaft und medizinische Versorgung liegen am Boden. Wichtige Medikamente sind schwer zu bekommen. Aufgrund dessen sind Venezuolaner*innen die zweitgrößte Gruppe der asylsuchenden in Sachsen.

Trotz der schrecklichen Umstände in ihre Heimat bekommen Venezolaner*innen, nur in den seltensten Fällen einen sicheren Status. Nur jeder fünfte Asylantrag hat Erfolg. Die Existenz und körperliche Unversehrtheit von Abgelehnten ist durch eine mögliche Abschiebung ständig bedroht. Abschiebung in die Diktatur werden

mit wenn seit 2023 wieder durchgeführt.

Die SPD sollte sich dafür einsetzen Abschiebung nach Venezuela zu unterbinden und sich für einen sicheren schutzstatus für Venezolaner*innen einsetzen. Jeder Mensch hat ein Leben würde verdient.

M2

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: LDK (dort beschlossen am: 26.04.2025)

Titel: **Lasst die syrische Diaspora nicht im Stich!- Keine Abschiebungen nach Syrien**

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an die SPD-Landtagsfraktion, sowie über den Bundeskongress der Jusos an die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten.

Antragstext

Der 8. Dezember 2024 markiert einen historischen Wendepunkt: Das autoritäre Assad-Regime wurde gestürzt - ein Ereignis, das für Millionen Syrer*innen weltweit ein Symbol der Hoffnung und des Aufbruchs ist. In zahlreichen deutschen Städten wehten die grün-weiß-schwarzen Fahnen mit den drei roten Sternen - ein Zeichen für die syrische Revolution und eines neuen, freien Syriens. Nach Jahren systematischer Gewalt, Bombardierungen, Folter und Unterdrückung feierte das syrische Volk seinen ersten Tag ohne Diktatur.

Doch während die syrische Diaspora diesen Moment der Befreiung feierte, erklärte die deutsche Politik Syrien bereits am nächsten Tag pauschal für sicher. Erste Stimmen forderten Rückführungen, und bereits in den Sondierungsgesprächen zwischen SPD und CDU wurde die Absicht deutlich, Abschiebungen nach Syrien künftig wieder zu ermöglichen.

Wir sagen deutlich: Eine solche Politik ist ein folgenschwerer Irrweg. Denn die Lage in Syrien ist nach wie vor instabil und gefährlich. Abschiebungen zum jetzigen Zeitpunkt würden nicht nur das konkrete Menschenleben gefährden - sie wären auch ein fatales Signal der politischen Kälte und Rücksichtslosigkeit gegenüber der syrischen Diaspora in Deutschland.

1. Der Umgang mit Minderheiten und Frauen ist ungeklärt.

Syrien ist ein Land der Vielfalt - ethnisch, religiös, kulturell. Doch seit dem 8. Dezember 2024 kam es zu zahlreichen Angriffen auf Minderheiten wie Kurd*innen, Christ*innen oder Alawit*innen. Das Massaker vom 8. März 2025, bei dem mehr als 1.000 Zivilpersonen brutal ermordet wurden, stellt einen tragischen Höhepunkt dar. Während sich die syrische Übergangsregierung öffentlich von dem Massaker distanzierte, stammen die mutmaßlichen Täter aus regierungsnahen Milizen wie der HTS und der SNA. Bei der Hay?at Tahrir al-Sham (HTS) handelt es sich um eine islamistische Gruppierung mit Verbindungen zu ehemaligen terroristischen Strukturen der Al Qaida. Auch Übergangspräsident Ahmed Al-Sharaa hatte in der Vergangenheit Verbindungen zu extremistischen Netzwerken, was Zweifel an der demokratischen Ausrichtung der Übergangsregierung aufkommen lässt.

Solange die Sicherheit und Gleichbehandlung von ethnischen, religiösen, sexuellen Minderheiten und von Frauen in Syrien nicht gewährleistet ist, dürfen Abschiebungen dorthin unter keinen Umständen in Betracht gezogen werden.

2. Die fragile außenpolitische Situation Syriens

Die internationale Sicherheitslage in Syrien bleibt komplex. Schon unter dem Assad-Regimes war Syrien Gegenstand umfangreicher ausländischer Einflussnahme und Spielball politischer Interessen der Region. Als einer der wichtigsten Verbündeten Irans, der über Jahre Assad und das syrische Regime gestützt und stabilisiert hat, war Syrien Teil des Nahost-Konflikts und der Unterstützung von Hamas und Hisbollah. Und auch der dauerhaft fragile Waffenstillstand auf den Golanhöhen und die Militäraktionen Israels im Süden des Landes waren prägend für die Sicherheitslage vor Ort. Auch nach dem Machtwechsel in Damaskus bleibt es weiterhin ungewiss. Der iranische Kampf um den Erhalt des Einflusses, die stärkere Einmischung der Türkei und die Aufkündigung des Waffenstillstandes durch

Israel und darauf folgende Militäraktionen sowie die Forderung nach der Demilitarisierung des Südens schaffen eine schwer vorher zusagende Dynamik und könnten das Land außen und innenpolitisch weiter destabilisieren. Diese Entwicklung muss genau beobachtet werden. Das Risiko eskalierender und neuer Konflikte bleibt groß.

3. Die wirtschaftliche und soziale Lage ist dramatisch.

Syrien steht heute vor den Trümmern von fünf Jahrzehnten autoritärer Herrschaft

und mehr als einem Jahrzehnt verheerender Bürgerkriege. Das Bildungssystem ist weitgehend zusammengebrochen, für viele Kinder ist der reguläre Schulunterricht bis heute keine Realität. Hunderttausende Menschen gelten nach wie vor als verschwunden - insbesondere aus Gefängnissen wie Saydnaya, deren Gräueltaten international dokumentiert sind. Die betroffenen Familien leben in ständiger Ungewissheit über das Schicksal ihrer Angehörigen. Mehr als 90 Prozent der syrischen Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze. Es fehlt an grundlegender Infrastruktur, medizinischer Versorgung, sicheren Unterkünften und funktionierenden öffentlichen Dienstleistungen.

Eine Rückkehr nach Syrien ist weder unter humanitären noch politischen oder rechtlichen Gesichtspunkten zumutbar oder verantwortbar. Es ist nicht nur fahrlässig, sondern menschenverachtend, unter diesen Bedingungen gezwungenermaßen zurückkehren zu müssen. Zudem wird es voraussichtlich erst in vier Jahren Wahlen und eine neue Verfassung geben. Bis dahin fehlt es an demokratischer Legitimation und Stabilität.

4. Die syrische Diaspora gehört zu Deutschland!

Hunderttausende Syrer*innen haben in Deutschland nicht nur Schutz gefunden - sie haben sich hier ein neues Leben aufgebaut. Sie haben unsere Sprache gelernt, Freundschaften geschlossen, Schul- und Berufsabschlüsse erworben, Familien gegründet, studiert, gearbeitet und unsere Gesellschaft aktiv mitgestaltet. Ihre Flucht war zugleich eine klare Absage an das Assad-Regime - eine Entscheidung, die sie in Syrien mit dem Leben hätten bezahlen müssen.

Eine Abschiebung wäre nicht nur ein Bruch dieses Lebensweges - es wäre ein doppelter Verrat. Ein Verrat an Menschen, die bereits alles verloren haben und sich dennoch für ein friedliches, demokratisches Leben entschieden haben.

Die syrischen Menschen verdienen nicht nur Sicherheit - sie verdienen eine Perspektive und unsere Unterstützung.

<u>Unsere Forderung:</u>

- **Wir fordern einen sofortigen und umfassenden Abschiebestopp nach Syrien. Die sicherheitspolitische, humanitäre und infrastrukturelle Lage in Syrien lässt derzeit keine Rückführungen zu. Das Land ist weder sicher noch institutionell in der Lage, Rückkehrer*innen aufzunehmen und zu schützen. Solange es keine funktionsfähige, demokratisch legitimierte Regierung gibt, sind Abschiebungen rechtlich und moralisch unverantwortlich.**

- **Statt erzwungener Rückführungen braucht es klare Signale für Schutz, Teilhabe und Integration. Nur so können syrische Geflüchtete aktiv zum Wiederaufbau einer friedlichen und gerechten Gesellschaft beitragen, sowohl eines Tages in Syrien als auch jetzt in Deutschland.**

- **Mit Abschiebungen werden keine Probleme gelöst, sondern neue geschaffen. Sie reißen Menschen aus ihrem Leben und gefährden ihre Zukunft.**

N1

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: LDK (dort beschlossen am: 26.04.2025)

Titel: **The show must go on - Schrumpffunk verhindern**

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an den Landesparteitag der SPD Sachsen weiterleiten.

Antragstext

Wir lehnen die geplante Reform des Rundfunkstaatsvertrags in der vorgesehenen Form ab. Zum einen kritisieren wir die Verbindung einer Reform mit der Erhöhung des Rundfunkbeitrags, da wir dieses Vorgehen für verfassungswidrig halten.

Des
Weiteren **soll die Grundlage einer Veröffentlichung die Qualität und nicht die Länge eines Textes sein. Der aktuelle Medienstaatsvertrag verbietet presseähnlicher Veröffentlichungen, welches den Schwerpunkt auf Texte legt. Ton und Video sind dabei zwar ausgenommen, jedoch würde das aufgrund des Mehraufwands zu Kürzungen in der Quantität und Qualität der Beiträge führen. Auch der Fakt, dass im aktuellen Reformstaatsvertrag die Hürden zur Veröffentlichung von Online-Texten von ARD und ZDF erhöht werden, indem diese erst in einer eigenen Sendung liefen.**
In einem Zeitalter, in der sich online Falschinformationen innerhalb kürzester Zeit vervielfältigen, ist eine schnelle Einordnung durch zuverlässige Quellen wie den öffentlich-rechltlichen Sendern unentbehrlich.

Zusätzlich muss gewährleistet werden, dass es sich nicht um Wettbewerbsverzerrung zugunsten des ÖRR handelt, wie es vom Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger (BDZV) kritisiert wird. Aus diesem Grund müssen die Rundfunkräte der Länder im Reformstaatsvertrag oder eines neuen

Medienstaatsvertrags eine Lösung erarbeiten, wie qualitative Textbeiträge weiterhin ohne Hürden online gestellt werden können und gleichzeitig keine Wettbewerbsverzerrung vorhanden ist.

Daher fordern wir die geplante Auszerrung des ÖRR zu stoppen. Außerdem wollen wir verhindern, dass die Präsenz des Öffentlich rechtlichen Rundfunks (ÖRR), vorallem online, durch die geplante Reform zwangsbeschnitten wird. **Aus einem Bericht des Leibniz-Instituts für Medienforschung geht hervor, dass mit 42 Prozent der Menschen das Internet die Hauptnachrichtenquelle geworden ist. Qualitativ hochwertiger Journalismus muss, gerade in Zeiten eines erstarkenden Rechtsextremismus, auch im Internet gewährleistet bleiben.**

Gleichzeitig
sehen wir In der, durch die Reform angedachten, Zusammenlegung einzelner Rundfunkanstalten, beziehungsweise dessen Teilbereichen einen Schritt in die richtige Richtung. **Jedoch müssen auch diese gut begründet sein. Programme und Sender, die den interkulturellen Austausch fördern, wie bspw. Arte oder 3Sat, dürfen nicht von Kürzungen oder Zusammenlegungen bedroht werden . Aus diesem Grund sollen Programme und Sender auf inhaltliche Überschneidungen und ihren Mehrwert in Bezug auf Relevanz und Bildung geprüft werden. Dabei sollen Medienhäuser zusammenarbeiten, um dies zu evaluieren und in Absprache miteinander neue gemeinsame Projekte zu starten.**

Als Jusos fordern wir außerdem das Ende prekärer Beschftigungnen im ÖRR, wie sie leider im heutigen System keine Seltenheit sind. **So machte Ver.di vor einiger Zeit darauf aufmerksam, dass es für die Rundfunkanstalten günstiger ist freie Mitarbeitende zu beschäftigen, als fest anzustellen. Und auch für viele freie Mitarbeitende birgt das ein Risiko, weil fortlaufende Aufträge, Fortzahlung bei Krankheit und vieles mehr nicht zwingend gewährleistet sind.** Die Reform sollte daher
zumindest auch eine Regelung zu Mindestvergütungen und Vertragslaufzeiten**, mit allen Bedingungen, die für einen festen Arbeitnehmer im ÖRR auch gelten,** enthalten.Vorzugsweise soll die Beschäftigung über einen Tarifvertrag mit möglichst breiter Anwendung geregelt werden.

Damit einhergehend soll auch das Gehalt des MDR-Intendanten gedeckelt werden. So verdiente Karola Wille, die damalige MDR-Intendantin, im Jahre 2023 über 250.000 Euro im Jahr. Gerade in Zusammenhang mit der prekären Situation vieler Beschäftigten und den anstehenden Kürzungen ist das kein gerechtfertigtes Gehalt einer Person eines öffentlich-rechtlichen Mediums.Ein weiteres Problem, das den öffentlich-rechtlichen Rundfunk betrifft, ist die Beteiligung von Landtagsabgeordneten und Regierungsmitgliedern in den Rundfunkanstalten. Zum einen ist durch die Beteiligung von Personen aus Legislative und Exekutive, die

Unabhängigkeit der Medien, insbesondere des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als nicht-staatlich finanziertes Medium, gegenüber dem Staat nicht gewährleistet. Zum anderen macht sich dadurch der ÖRR angreifbar, da das Bild des “Staatsfunk” aufkommen kann, indem man diese Einflussmöglichkeit unberührt lässt. Um die Unabhängigkeit des ÖRR zu gewährleisten, sollen in Zukunft keine Mitglieder einer Landesregierung und maximal 10 % aus Parlamenten im Rundfunkrat des MDR vertreten sein.Deshalb fordern wir:

- **Änderung des §30 Absatz 7 MStV in Bezug auf presseähnlicher Veröffentlichung, um die Quantität und Qualitäts zu sichern.**

- **Eine Überprüfung der Rundfunksender und -programme im Hinblick auf ihre gesellschaftliche Relevanz und ihren Beitrag zur Bildungsförderung.**

- **Verbesserung der Situation freier Mitarbeiter und damit einhergehend die Erhöhung der Zahl der Beschäftigten mit einem Tarifvertrag**

- **Eine Kappung der Gehälter der MDR-Intendanten auf maximal 150.000 €/Jahr.**

- **Eine strikte Trennung zwischen den Staatsgewalten und dem ÖRR, indem Regierungsmitglieder gar nicht und eine geringe Zahl einfacher Abgeordneter Teil von Rundfunkräten sein dürfen.**

N2

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: LDK (dort beschlossen am: 26.04.2025)

Titel: **Kennzeichnung von KI**

Die Jusos Sachsen mögen beschließen und an den Landesparteitag der SPD weiterleiten, mit dem Ziel der Weiterleitung an alle Mandatsträger der sächsischen SPD:

Antragstext

Künstliche Intelligenz (KI) ist aus der aktuellen Debatte kaum mehr wegzudenken. Mithilfe von KI werden immer mehr Posts auf den sozialen Netzwerken veröffentlicht, sie wird immer häufiger zum Generieren von Texten genutzt, viele Menschen verwenden KI mittlerweile auch als Mittel zur Recherche. KI scheint in vielen Lebensbereichen eine nützliche Funktion einnehmen zu können, sowohl für Menschen in ihrem alltäglichen Leben als auch für uns als Partei.

Künstliche Intelligenz(KI) ist in aller Munde. Sie ist mehr als ein momentaner Trend, sondern wird unser Leben in Zukunft stark verändern, wie damals die erste industrielle Revolution. Künstliche Intelligenz bietet scheinbar unbegrenzt Möglichkeiten. Doch aus großer Macht folgt auch große Verantwortung - und leider immer auch Missbrauch. In einer Zeit, in der Fakten subjektiv zu scheinen sein, ist es umso fataler, wenn Bildern und Videos nicht mehr getraut werden können. Deswegen fordern wir alle Mandatsträger und Gliederungen der SPD Sachsen auf visuelle Medienerzeugnisse, die mittels KI erschaffen oder bearbeitet wurden entsprechend zu kennzeichnen.

Gleich mehrere wichtige Aspekte werden von dieser Einschätzung übersehen. Zum einen muss festgehalten werden, dass eine Anfrage bei ChatGPT zehnmal so viel Strom verbraucht wie eine Anfrage bei Google. Zum anderen neigt KI dazu, Fakten zu erfinden, natürlich sowohl als Quelle für Verbraucher als auch als Methode,

um Falschnachrichten zu vervielfältigen. Es wird immer schwieriger, zwischen echten und KI?generierten Bildern und Videos zu unterscheiden, ganz zu schweigen von KI?generierten Texten. Deswegen fordern wir alle Mandatsträger und Gliederungen der SPD Sachsen auf, auf Texte und visuelle Medienerzeugnisse, die mittels KI erschaffen oder bearbeitet wurden, entsprechend mittels Kennzeichnung hinzuweisen.

Für uns muss klar sein: KI muss anwendungsspezifisch mittels Normung zertifiziert werden, KI muss offen sein, d. h., es muss offengelegt werden, welche Daten den Modellen zugrunde liegen, KI muss zur Verhinderung der Reproduktion von Menschenfeindlichkeit trainiert werden, KI muss die Rechte von Urheber:innen wahren, KI muss unsere Vorgaben zu Datenschutz und Privatsphäre berücksichtigen und KI darf auf keinen Fall über die Köpfe von Arbeitnehmer:innen hinweg eingesetzt werden.

P1

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: LDK (dort beschlossen am: 26.04.2025)

Titel: **Psychische Gesundheit fördern statt pauschalisieren und kriminalisieren – Präventionsbonus für Therapiebesuche einführen**

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen

Antragstext

Der CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann forderte in Reaktion auf die Anschläge der letzten Monate: "Wir haben große Raster angelegt für Rechtsextremisten, für Islamisten, aber offenkundig nicht für psychisch kranke (Gewalttäter)."

Diese Forderung setzt fast 18 Millionen Menschen (ca. 27,8 % der Bevölkerung) unter

Generalverdacht, indem psychische Erkrankungen mit Gefährdung gleichgesetzt werden. Eine solche Argumentation erinnert an die Zeit des Nationalsozialismus und löst keine sicherheitspolitischen Probleme. Sie verstärkt stattdessen Stigmatisierung und schreckt Betroffene davon ab, sich Hilfe zu holen.

Auffällig ist, dass die Attentäter der vergangenen Anschläge ausschließlich Männer waren. Der Logik Linnemanns Vorschlag folgend, würde das bedeuten, alle Männer unter Generalverdacht zu stellen – ein Gedanke, der absurd erscheint und den natürlich

niemand ernsthaft fordert. Doch genau diese Argumentation legt die

Widersprüchlichkeit der Forderung Linnemanns offen. Anstatt psychische Erkrankungen mit Gefährdung gleichzusetzen, muss die gesellschaftliche Frage gestellt werden, warum sich insbesondere Männer zu selten professionelle Unterstützung suchen.

In unserer Gesellschaft gelten Emotionen und psychische Gesundheit, insbesondere bei Männern, oft immer noch als Tabuthema. Männlich sozialisierte Personen erfahren starken gesellschaftlichen Druck, „stark“ sein zu müssen, und vermeiden daher häufig den Gang zur Therapie. Dies verstärkt psychische Belastungen, welche in seltenen Fällen zu extremen Verläufen führen können. Eine präventive Strategie muss genau hier ansetzen: Psychische Erkrankungen müssen als Teil der allgemeinen Gesundheitsversorgung betrachtet und systematische Barrieren abgebaut werden.

Nur 18 % der Betroffenen nehmen psychotherapeutische Hilfe in Anspruch. Gleichzeitig fehlen Therapieplätze, unter anderem weil zu wenige Kassensitze existieren und dieAusbildung zur Psychotherapeut*in mit hohen Kosten und Hürden verbunden ist. Diese Probleme lassen sich nicht durch Überwachung psychisch kranker Personen lösen, sondern nur durch Prävention und eine bessere Gesundheitsversorgung. Prävention und ein verbesserter Zugang zu Therapie können zudem einen positiven Einfluss auf die Wirtschaft haben. Denn psychische Erkrankungen sind die zweithäufigste Ursache für Fehltage. Zudem lassen sich fast die Hälfte der Anträge auf Erwerbsminderungsrente im Jahr 2023 ebenfalls auf psychische Erkrankungen zurückführen.

Forderungen

Deswegen Fordern wir:

- Keine Erfassung psychisch erkrankter Menschen in Sicherheitsdatenbanken. Eine solche Maßnahme ist diskriminierend und nicht zielführend.

- Ein Präventionsbonus-System für regelmäßige Therapiesitzungen. Analog zum Bonusheft für zahnärztliche Vorsorge sollen Bürger*innen Anreize erhalten, um frühzeitig psychische Gesundheitsangebote zu nutzen.

- ein Bonussystem, um frühzeitig psychische Gesundheitsangebote zu nutzen. Dabei ist ein Präventionsbonussystem zu entwickeln, welches mit Patientenvertreter:innen ausgearbeitet wird. Wer regelmäßig Vorsorge macht, soll später echte Vorteile haben.

- Mehr Therapieplätze und Abbau von Hürden für Therapeut*innen. Dazu gehören

die Erhöhung der Kassensitze und die finanzielle Entlastung der Ausbildung.

P2

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: LDK (dort beschlossen am: 26.04.2025)

Titel: **Die Jugendhilfe braucht nun deine Hilfe!**

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und über den Landesparteitag der SPD Sachsen an den Bundesparteitag der SPD weiterleiten:

Antragstext

Die Jugendhilfe spielt eine zentrale Rolle in unserer Gesellschaft. Sie hilft Kindern, Jugendlichen und Familien jeden Tag und setzt oft besonders dort an, wo Hilfe und Unterstützung am nötigsten ist. Sie unterstützt bei Erziehungsfragen, schützt in Krisensituationen und fördert individuelle Entwicklung. Durch gezielte Angebote stärkt sie das familiäre Umfeld und schafft Perspektiven für eine bessere Zukunft. Jugendhilfe trägt zur Chancengleichheit bei und hilft, soziale Benachteiligung zu überwinden. So leistet sie einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur Integration.

Ob in der Jugend- und Schulsozialarbeit, beim Schutz von Kindern vor Gefährdung und Vernachlässigung, in der Erziehungshilfe, bei Sorgerechts- oder Wiedereingliederungsfragen oder in der Betreuung unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter – überall setzen sich Fachkräfte in der Jugendhilfe täglich dafür ein, Chancengleichheit zu schaffen. Im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) geht es dabei oft sogar um den direkten Schutz von Menschenleben. Ihre Arbeit sollte von uns nicht nur wertgeschätzt und anerkannt werden, sondern auch konkret die nötige finanzielle Untersetzung erhalten.

Kürzungen, Abbau von Stellen, Schließung von Jugendclubs. Das sind Folgen, wenn mal wieder der Rotstift in den Ämtern bei der Vergabe von Geldern zuschlägt. So sind viele Projekte betroffen, vor allem trifft es die Kinder und Jugendlichen, die hier sich mit ihren Freunden treffen. Aber auch Politische Bildung und

andere Sachen wie Ferienfahrten fallen immer mehr weg. Die Träger, in diesem Falle, Vereine müssen genau schauen, für was sie Geld ausgeben und erneut jedes Mal bangen, ob ihr Personal noch weiter die Stelle gefördert bekommt. An den Oberschulen und Gymnasien nicht anders. So wird in jeder Oberschule zwar mindestens ein*e Schulsozialarbeiter*in eingesetzt, allerdings gilt dies nicht in Grundschulen sowie Gymnasien. Hier werden diese Ansprechpartner*innen gebraucht. Oftmals um sich mal den Kummer von der Seele zu reden oder Beratung, wie man besser in der Schule wird und so weiter. All dies würde es ohne die Jugendhilfe gar nicht geben. Auch sieht man, dass durch die schon jetzt wenigen Angebote für Kinder und Jugendliche, vor allem in den ländlichen Regionen, eher für Weggang als Zuzug gesorgt wird. Es wird also Zeit, endlich Kinder und Jugendliche aktiv mit Hilfen, vor allen Geldern, die Jugendhilfe zu unterstützen. Gerade auch für die benachteiligten Kinder und Jugendlichen, wo die Eltern nicht die nötigen finanziellen Mittel haben, beispielsweise um in den Urlaub zu fahren oder gar ein Freizeitangebot zu fördern. Forderungen hierzu wären einerseits eine bessere Förderung und Ausbau des Sektors, statt Kürzungen, die alles nur noch schlechter machen. Mehr Transparenz von Ämtern gegenüber den Trägern. Höhere Fördermittel für Projekte und der Unterstützung der politischen Bildung, sowie eine bessere Position gegen Rechts für die Träger die sich oftmals nicht politisch positionieren dürfen sowie der besseren Wertschätzung der Arbeit die meist durch zusätzliche unbezahlte Arbeit erledigt wird. All das sind die Forderungen, die die Jugendhilfe schon seit längerem stellt. Siehe Chemnitz, Dresden und weitere Städte und Landkreise, in denen dies der Fall ist. Also jetzt sind wir dran, die Jugendhilfe zu retten!

Die Lage der Jugendhilfe in Sachsen ist alarmierend. Immer öfter greifen Kommunen zum Rotstift – mit fatalen Folgen: Jugendclubs, Offene Freizeittreffs und andere Einrichtungen der Jugendhilfe werden geschlossen, Stellen abgebaut und wichtige Projekte gestrichen. Leidtragende sind vor allem Kinder und Jugendliche aus sozioökonomisch schwachen Elternhäusern, die dadurch nicht nur ihre alltäglichen Anlaufstellen, sondern auch Angebote wie Ferienfahrten, Freizeitgestaltung oder politische Bildung verlieren. Viele Träger und Vereine stehen vor der Frage, wie sie mit knappen Mitteln überhaupt noch sinnvolle Arbeit leisten können. Jedes Jahr müssen sie aufs Neue bangen, ob sie ihre Mitarbeiter:innen halten und ihre Projekte fortführen können.

Forderungen:

Der Mangel an gut ausgebauter Jugendhilfe sehen die meisten von uns wohl ganz konkret an den sächsischen Schulen: Während an Ober- und Gesamtschulen Schulen gesetzlich zumindest eine Schulsozialarbeiter:in vorgeschrieben ist, sind sie für alle anderen Schulformen jedoch nicht verpflichtend und nur sehr selten anzutreffen. Dabei braucht es auch dort dringend Ansprechpersonen – für

persönliche Sorgen, zur Unterstützung in Krisensituationen oder einfach als vertraute Begleitung im Schulalltag. Doch die Schulen sind allenfalls die Spitze des Eisbergs, ähnlich wie an Schulen fehlt gut ausgebaute Jugendhilfe an vielen Stellen der Gesellschaft.

Auch die politische Lage in Sachsen wird zunehmend zur Gefahr für die Jugendhilfe. Es ist bereits deutlich zu erkennen, dass die gesichert rechtsextreme AfD inzwischen versucht im Jugendhilfeausschuss, dem dafür relevanten Gremium, Entscheidungen über unliebsame Projekte und Vereine zu blockieren und ihnen aus fadenscheinigen Gründen Projektmittel nicht zu genehmigen. Wie immer, wenn es um einen Kulturkampf von rechts geht, ist dabei auch die sächsische CDU nicht weit entfernt. Dabei ist die Situation besonders in ländlichen Regionen dramatisch: Die sinkende Zahl an Angeboten trifft besonders junge Menschen in Regionen, in denen ohnehin große Teile der Bevölkerung abwandern oder Abwanderungswünsche haben. Es braucht endlich eine Kehrtwende in der Jugendpolitik – mit echtem Fokus auf Teilhabe und Unterstützung. Dafür müssen wir die Träger auch davor schützen, zum Spielball im Kulturkampf der Rechten zu werden.

Wir fordern daher:

Die Jugendhilfe ist kein Luxus, sondern eine zentrale Säule für eine gerechte und solidarische Gesellschaft. Besonders Kinder und Jugendliche aus finanziell benachteiligten Familien sind auf diese Angebote angewiesen – ob bei Freizeitgestaltung, Bildung oder sozialer Unterstützung.

- Mehr Gelder für Träger

- **Keine weiteren Kürzungen in der sächsischen Jugendhilfe! Stattdessen braucht es einen konsequenten Ausbau der Angebote und eine stabile Finanzierung durch Bund und Land.**

- Höhere Fördermittel für Einzelprojekte wie Ferienfahrten

- **Eine schrittweise Ausweitung der verpflichtenden Schulsozialarbeit auf alle Schulformen – mit dem Ziel, bis 2035 flächendeckend Schulsozialarbeit an allen Schulformen in Sachsen zu gewährleisten.**

- Wertschätzung der Arbeit

- **Eine verlässliche und konsequente Umsetzung des Konnexitätsprinzip: Kommunen dürfen nicht in die Situation kommen die finanziellen Lasten der Entscheidungen von Bund und Land aus ihren Mittel tragen zu müssen. Der Grundsatz: Wer bestellt, der zahlt, muss ausnahmslos und verbindlich gelten.**

- Ausbau von Stellen statt Abbau

- **Mehr Transparenz und Verlässlichkeit von Behörden gegenüber freien Trägern: Entscheidungen zu Projektmitteln müssen immer sachlich fundiert und für alle Beteiligten klar und nachvollziehbar sein.**

- Keine weiteren Kürzungen und klares Veto zu Kürzungen

- **Schutz vor Angriffen von Rechts: Unsere Demokratie zu schützen, bedeutet auch die Jugendhilfe vor Angriffen von rechts zu schützen. Die AfD und andere Demokratiefeinde dürfen nicht in die Lage kommen, kritischen und unliebsamen Trägern Fördermittel zu entziehen oder zu verweigern. Deshalb braucht es einen wirksamen Mechanismus, der Rechtssicherheit schafft und die Träger der Jugendhilfe zuverlässig vor politisch motivierten Eingriffen von rechts schützt.**

- Schulsozialarbeit in Gymnasien und Grundschulen flächendeckend fördern

- **Wir halten am Fachkraftprinzip fest. Es sollen jedoch gesetzliche Vorkehrungen getroffen werden, um den Einsatz von Hilfskräften, FSJlern und ähnlichen ergänzenden Kräften dort zu ermöglichen und zu fördern, wo es sinnvoll ist und Fachkräfte effektiv entlastet. Für die entsprechende Umsetzung sind die finanziellen Ressourcen bereitzustellen. Bis zu einer flächendeckenden Umsetzung soll eine Priorisierung gestaffelt nach sozialen Kritikpunkten vorgenommen werden.**

P3

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: LDK (dort beschlossen am: 26.04.2025)

Titel: **Jugendpsychiatrische Erste-Hilfe-Stellen in jedem Landkreis**

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen und an den SPD-Landesparteitag weiterleiten:

Antragstext

Psychische Erkrankungen bei Jugendlichen nehmen alarmierend zu. Laut einer Studie der Techniker Krankenkasse (2023) leidet jede*r dritte junge Mensch (32 %) unter psychischen Belastungen wie Depressionen oder Angststörungen. Gleichzeitig gibt es in Deutschland gravierende Versorgungsengpässe:

Laut Bundesministerium für Gesundheit (BMG, 2023) beträgt die Wartezeit auf einen Therapieplatz bis zu sechs Monate. Bei mehr als einem Drittel sind es sogar mehr als sechs Monate, die auf einen Therapieplatz warten müssen. Die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie (DGPPN, 2023) warnt, dass es keine geeigneten Notfallstellen für Jugendliche in akuten psychischen Krisen gibt.

Gleichzeitig gibt es eine beträchtliche Anzahl an Therapeut*innen ohne Kassenzulassung, deren Leistungen ausschließlich von Selbstzahler*innen und privat versicherten übernommen oder im Einzelfall über das Kostenerstattungsverfahren der gesetzlichen Krankenkassen abgerechnet werden können.

In Notfällen landen Betroffene meist in allgemeinen Notaufnahmen, die auf psychische Krisen nicht ausgelegt sind.

Das führt dazu, dass Jugendliche mit akuten Krisen keine schnelle Hilfe erhalten

und oft erst in einer psychiatrischen Klinik aufgenommen werden, wenn es zu spät ist. Um langfristige negative Folgen wie Arbeitsunfähigkeit, Folgeerkrankungen oder sogar Suizid zu verhindern, muss die gesundheitliche Infrastruktur im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie und - psychotherapie ausgebaut werden.

Pilotprojekte in anderen Regionen Deutschlands und auch im Ausland zeigen, dass niedrigschwellige Krisendienste funktionieren und langfristig die Gesundheit junger Menschen gesichert ist. Zusätzlich würde das weitere psychosoziale und medizinische Dienstleistungen entlasten, die aber keine direkte Akutversorgung ermöglichen, wie bspw. Krisentelefone.

Wir fordern die Einrichtung von "Jugendpsychiatrischen Erste-Hilfe-Stellen" in jedem Landkreis. Diese sollen:

Aus diesem Grund fordern wir bis 2035 den Ausbau von Angeboten zur Versorgung psychischer und psychosozialer Anliegen von Kinder und Jugendlichen in jedem Landkreis. Diese sollen wie folgt ausschauen:

- Erhöhung der vorhandenen therapeutischen Kassenplätze und Ausbau von online Therapieangeboten.

- Investitionen in Kinder- und Jugendpsychiatrien, 24 Stunden Hotlines/Chats und Beratungstellen anstatt kostenspieliege parallel Angebote.

- **Wo es umsetzbar ist sollen diese Angebote so** niedrigschwellig erreichbar **sein wie es das Angebot zulässt– möglichst ohne Überweisung, Wartezeiten, extra Kosten oder Zustimmung der Eltern. Die Autonomie von Kindern und Jugendlichen gesundheitliche Unterstützung wahrzunehmen soll gefördert und erleichtert werden.**

- **Schulen sollen als Ort der Aufklärung über psychosoziale Krisen diesen, als auch über Unterstützungsangebote informieren.**

- **tägliche verfügbar sein mit Fachkräften aus Jugendpsychologie und Sozialarbeit.**

Angesichts der Tatsache, dass die wirtschaftlichen Schäden durch unbehandelte psychische Erkrankungen die Kosten ihrer Behandlung deutlich übersteigen, stellt der Kostenaspekt kein stichhaltiges Argument gegen eine umfassende Versorgung dar.
So machte die Hans-Böckler-Stiftung bereits 2011 darauf aufmerksam, dass arbeitsbedingte psychische Belastungen Kosten von über 30 Milliarden Euro pro

Jahr verursachen. Zusätzlich würden langfristig Krankenkassenbeiträge steigen, wenn psychische Erkrankungen langfristig mit sich rumgetragen werden und erst in Zukunft behandelt werden. Aus diesem Grund ist es umso wichtiger, dass psychische Probleme im jungen Alter rechtzeitig behandelt werden.

- **Akutversorgung bieten, ähnlich wie Notaufnahmen, aber für psychische Krisen.**

Deshalb muss die Finanzierung dieses Bereiches der gesundheitlichen Infrastruktur in den kommenden Jahren ausgebaut und gesichert werden. Zusätzlich zur finanziellen Unterstützung sollte auch geprüft werden, inwieweit eine Kooperation mit freien Trägern, Kommunen und Landkreisen sinnvoll und möglich ist. Zum anderen soll der sächsische Landtag in einem Zeitraum von 10 Jahren eine Milliarde Euro für den Ausbau existierender Strukturen verplanen.

Ebenso wichtig ist es, den langfristigen Bedarf an qualifizierten Fachkräften – insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie – zu decken. Dies kann zum einen erreicht werden, indem die Anzahl der Studienplätze erhöht wird. Zum anderen sollen finanzielle Anreize geschaffen werden, um Menschen zu ermutigen, sich für die Kinder- und Jugendpsychiatrie zu entscheiden. Dies kann durch eine Kostenübernahme des Freistaates Sachsen geschehen, oder durch ein Modell ähnlich dem des BAföG, nur Elternunabhängig und mit weniger Hürden.

Aus diesem Grund fordern wir:

- **Eine Erhöhung des Haushalts für Gesundheit um die Kosten der Maßnahmen zu finanzieren**

- **Eine Evaluation der Möglichkeit zur Umsetzung in Kooperation mit freien und öffentlichen Trägern**

- **Kostenfrei und anonym sein, um Hemmschwellen abzubauen.**

- **Den Ausbau der der Ausbildungsmöglichkeiten für angehende Psycholog*innen und Psychiater*innen, um den Bedarf auf ein ausreichendes Maß zu gewährleisten.**

- **Damit einhergehend auch die Kostenübernahme der Ausbildung von angehenden**

Psychotherapeut*innen.

- **Finanzielle Förderungen für angehende Kinder-und Jugendtherapeuten insbesondere wenn sich diese entscheiden in einer Bedarfsregion zu arbeiten, ähnlich wie die Landartzförderung .**

W1

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: LDK (dort beschlossen am: 26.04.2025)

Titel: **HELFEN WIR UNSERER WIRTSCHAFT UND ERHALTEN ARBEITSPLÄTZE**

Antragstext

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und über den Landesparteitag der SPD Sachsen und den SPD-Bundesparteitag an die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag weiterleiten:

Die deutsche Autoindustrie steckt in einer tiefgreifenden Krise. Vor allem in den vergangenen zwei Jahren häufen sich Negativschlagzeilen zu Werksschließungen, Stellenabbau und einem holprigen Übergang zur Elektromobilität. Dabei betrifft die Problematik weit mehr als einen einzelnen Wirtschaftszweig: Fast 800.000 Menschen sind direkt in der Autoindustrie beschäftigt, und wenn man die indirekt abhängigen Arbeitsplätze mit einbezieht, beläuft sich die Zahl auf rund 1,8 Millionen Jobs. Für die Jusos ist der Schutz dieser Arbeitsplätze eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Stabilität. Die notwendige Transformation darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Ein industrieller Kahlschlag, der gerade ostdeutsche Regionen wie Zwickau, Erfurt oder Leipzig trifft, muss konsequent verhindert werden.

Die Abgeordneten der SPD-Faktion im Bundestag sollen sich dafür einsetzen, dass das Einkommensteuergesetz (EStG) um einen Punkt erweitert wird:

Problembeschreibung

Im Abschnitt 4 von § 6 Absatz 1 soll eine weitere Klausel hinzugefügt werden, welche besagt das die Dienstwägen aus Deutscher und Europäischer Produktion

entstammen sollen.

Nachfrageseite – Warum der Absatz stockt

Die Kaufzurückhaltung der Verbraucher*innen spielt eine zentrale Rolle bei den rückläufigen Absatzzahlen. Steigende Lebenshaltungskosten, anhaltende Preisunsicherheit und eine schwache Konjunktur dämpfen die Bereitschaft, insbesondere teure Anschaffungen wie Autos zu tätigen. Hinzu kommt, dass die Fahrzeugpreise in den letzten Jahren stark angestiegen sind und viele Haushalte ihre finanzielle Grenze erreicht haben – die Preissensibilität wächst kontinuierlich. Zudem wird der Absatz durch gestiegene Finanzierungskosten belastet, die auf die nach dem Preisschock 2022 erhöhten Zinsen zurückzuführen sind. Kredite und Leasingangebote sind dadurch deutlich teurer geworden. Ein weiterer Faktor ist der Wegfall der E-Auto-Kaufprämie, deren Auslaufen Ende 2023 zu einem spürbaren Einbruch der Nachfrage nach vollelektrischen Fahrzeugen geführt hat. Ergänzend dazu bestehen weiterhin gravierende Mängel bei der Ladeinfrastruktur. Trotz erzielter Fortschritte gibt es Defizite in der Verfügbarkeit, Zuverlässigkeit und Benutzerfreundlichkeit öffentlicher Ladepunkte, wobei besonders der ländliche Raum betroffen ist. Schließlich sorgt auch die Abschwächung des Exportmarktes – insbesondere in China – für Probleme: lokale Konkurrenten gewinnen an Stärke, das Wirtschaftswachstum stagniert, und deutsche Hersteller verlieren durch die steigende Relevanz des E-Segments an Marktanteilen. Auch internationale Handelskonflikte, etwa mit den USA oder China, bringen durch Strafzölle und politische Unsicherheiten zusätzlichen Druck in die Situation.

Angebotsseite – Die Herausforderungen der Industrie

Auch auf der Angebotsseite sieht sich die Autoindustrie mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert. Die Umstellung auf Elektromobilität erfordert Investitionen in Milliardenhöhe, die vor allem kleine und mittelständische Zulieferer an ihre Grenzen bringen. Zudem sind die Energie- und Produktionskosten in Deutschland im internationalen Vergleich hoch, was einen klaren Wettbewerbsnachteil darstellt. Weiterhin besteht eine kritische Abhängigkeit von Rohstoffen und globalen Lieferketten: Die Batterieproduktion hängt von wenigen Ländern ab, wie etwa Lithium aus Chile oder Kobalt aus dem Kongo, und globale Lieferketten erweisen sich als anfällig für Krisen und Engpässe. Der Fachkräftemangel in den Bereichen Elektromobilität, Software und Batterietechnologie ist ein weiterer Hemmschuh, wobei die Umschulung der bereits beschäftigten Arbeitskräfte eine enorme Herausforderung darstellt. Gleichzeitig zeigt sich, dass in puncto Softwarekompetenz viele Autohersteller hinter den Tech-Konzernen zurückbleiben, da die Entwicklung eigener Software sowohl aufwendig als auch teuer ist. Die gleichzeitige Fertigung von Verbrennern und

Elektroautos führt zu einer erhöhten Produktionskomplexität, was sich in ineffizienten Abläufen und hohen Kosten niederschlägt – wie etwa bei den Werkumstellungen in Zwickau. Abgerundet wird die Problematik durch den regulatorischen Druck: Strenge CO?-Ziele, neue Abgasnormen sowie Anforderungen an Sicherheits- und Cyberschutz erhöhen zusätzlich den Anpassungsdruck auf die Industrie.

Forderungen

Nachfrageseite

Um die Nachfrage nach klimafreundlicher Mobilität anzukurbeln, fordern wir eine sozial gestaffelte E-Auto-Prämie, die dem bisherigen Prämienchaos ein Ende setzt. Statt eines Stop-and-Go-Prinzips braucht es langfristige und verlässliche Förderstrukturen, auf die sich Verbraucher*innen verlassen können. Ebenso setzen wir uns für eine deutliche Beschleunigung beim Ausbau öffentlicher (Schnell-)Ladepunkte ein. Dafür müssen standardisierte und digitalisierte Genehmigungsverfahren eingeführt und Zuständigkeiten gebündelt werden, um die Umsetzung effizienter zu gestalten.

Netzbetreiber sollen verpflichtet werden, proaktiv geeignete Netzanschlusspunkte zu identifizieren und transparente Informationen zu Anschlusskonditionen und -zeiten bereitzustellen. Um den Ausbau voranzubringen, braucht es zudem eine finanzielle Förderung durch Bund und Länder – insbesondere zur Senkung der Anschlusskosten für Ladeparks und Hubs.

Auch das private Laden am Stellplatz wollen wir gezielt fördern. Dafür braucht es ein Förderprogramm, das insbesondere Mieterinnen sowie Bewohnerinnen von Mehrfamilienhäusern unterstützt. Ein besonderer Fokus sollte dabei auf der Integration „smart-grid“-fähiger Ladeinfrastruktur liegen, um zukünftige Netzanforderungen bereits heute mitzudenken.

Angebotsseite

Auf der Angebotsseite setzen wir uns für die Einführung eines wettbewerbsfähigen Industriestrompreises ein, um energieintensive Unternehmen langfristig zu entlasten. Im Rahmen des Strompreispakets sollte insbesondere die Einführung eines Brückenstrompreises ernsthaft geprüft werden.

Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, fordern wir eine „Qualifizierungsoffensive Transformation“. In einem gemeinsamen, von Bund, Ländern, EU und Unternehmen co-finanzierten Programm sollen betroffene Beschäftigte weitergebildet und

umgeschult werden – abgestimmt mit IG Metall und Betriebsräten, durchgeführt während der Arbeitszeit und bei vollem Lohnausgleich. Die Finanzierung muss dabei sowohl über öffentliche Mittel, etwa im Rahmen des Qualifizierungschancengesetzes, als auch über verpflichtende Unternehmensbeiträge erfolgen.

Wir fordern zudem einen wirksamen Bürokratieabbau bei Fabrikumbauten. Das bedeutet: verbindliche Genehmigungsfristen, vollständig digitalisierte Verfahren („End-to-End“) und die Einrichtung von Task-Forces oder sogenannten Transformationslotsen für besonders große Projekte.

Darüber hinaus braucht es staatliche Unterstützung für strategisch wichtige Transformationsvorhaben. Wir fordern direkte Zuschüsse – also nicht rückzahlbare Fördermittel – für Investitionen in Schlüsseltechnologien. Diese sollen sich an Projektgröße, Standort und strategischer Bedeutung orientieren. Ergänzend sollen staatliche Kreditbürgschaften den Zugang zu Fremdkapital erleichtern. Dabei ist für uns klar: Sowohl Zuschüsse als auch Bürgschaften müssen an klare Bedingungen geknüpft sein – darunter Standort- und Arbeitsplatzgarantien, Tarifbindung sowie betriebliche Mitbestimmung.

Schließlich fordern wir eine gezielte Stärkung der Batterieforschung. Hier setzen wir auf eine aktive Nutzung von IPCEI-Instrumenten (Important Projects of Common European Interest) zur Förderung von Unternehmen entlang der gesamten Batterie-Wertschöpfungskette. Ergänzt werden soll dies durch nationale Fördermaßnahmen sowie den gezielten Ausbau von Kompetenzclustern – etwa durch die Unterstützung bestehender Forschungsinstitutionen wie Fraunhofer-Institute, Helmholtz-Zentren oder Hochschulen